



Kraftvolles Gedenken an Friedrich Engels

Anlässlich des 124. Todestags des Barmer Sohns und Revolutionärs Friedrich Engels versammelten sich am 11. August 250 Menschen in Elberfeld. Voran mit dem Spruch "Die Welt bebt - Friedrich Engels lebt" zogen die Demonstrierenden unter lautstarken Parolen geschlossen durch die Straßen der Innenstadt.

Aufgerufen zum Gedenken an den Wegbegleiter Karl Marx' und Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus hatte ein Bündnis aus linken und marxistischen Organisationen.

In ihrem Redebeitrag erinnerte die DKP an die enge Verbindung Engels mit seiner Heimatstadt. 1820 im damals noch eigenständigen Barmen als Sohn eines Textilfabrikanten geboren, geriet Engels schon früh in Konflikt mit den christlich-pietistischen Vorstellungen des elterlichen Umfelds.

Mit nur 19 Jahren rechnete er in seinen "Briefen aus dem Wuppertal" entschieden mit der Scheinheiligkeit des Wuppertaler Bürgertums und Klerus ab. Engels beschrieb eindringlich das soziale Elend der arbeitenden Bevölkerung und skandalisierte die weit verbreitete Kinderarbeit zugunsten des schnellen Profits der Unternehmer im schon früh industrialisierten Wuppertal.

Folgerichtig kehrte er 1848 infolge der revolutionären Aufstände in seine Heimat zurück und stand seit an der Spitze mit den aufbegehrenden Arbeiter*innen und fortschrittlichen Bürger*innen auf den Barrikaden.

Im Jahr 2020 jährt sich Friedrich Engels Geburtstag zum 200. Mal. Unter dem Motto "Denker. Macher. Wuppertaler." plant die Stadtspitze in Kooperation mit der Landesregierung mehrere Veranstaltungen. Die bisherigen Planungen zeichnen ein Bild von Engels, dass ihn

und sein Werk jeglichen revolutionären Charakters entledigt.

Dass Engels gemeinsam mit Marx die wissenschaftliche Weltanschauung zur Analyse der Natur und Gesellschaft und letztlich ihrer grundlegenden revolutionären Umgestaltung schaffte, wird verschwiegen.

Die DKP wird diesen offiziellen Festakt kritisch begleiten und mit eigenen Aktionen den weltweit bekannten Theoretiker und Führer der Arbeiterbewegung ehren.



Friedrich Engels - Lebenssituationen und der Arbeiter in Ketten
Zeichnung von Enrique Rabasseda
Marx Engels Stiftung e.V.

Die Bedeutung eines funktionierenden öffentlichen Nahverkehrs

Täglich ärgern wir uns mehr über Staus auf den Straßen, über mangelnden Parkraum und zunehmende Luftverschmutzung in unserer Stadt.

Es ist das Ergebnis einer verfehlten Verkehrspolitik, die in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt hat, dass der öffentliche Nahverkehr mehr und mehr zurückgefahren wurde, während den Menschen immer mehr Mobilität abverlangt wurde, um zu ihren Arbeitsplätzen bzw. von A nach B zu gelangen.

Denn wenn die Taktfrequenz z.B. der Buslinien in Wuppertal ausgedünnt wird, der Übergang zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln wie Bus, S-Bahn und Schwebbahn zu lange Wartezeiten kostet, und dann auch noch die Preise im ÖPNV ständig (fast automatisch) erhöht werden, dann sind die Menschen gezwungen, Verkehrsmittel zu nutzen, die ihnen den Arbeitstag nicht noch durch überlange Wartezeiten künstlich verlängern.

Und so haben wir eben heute – nicht nur in Wuppertal – die Probleme, dass sich immer mehr PKW's auf den Straßen von Ampel zu Ampel schieben und in den Wohnvierteln jeden Abend die Suche nach Parkplätzen neu beginnt.

Dabei ist es – vor allem im Nahbereich – unwirtschaftlich, sich mit einem PKW (und durchschnittlich 1,1 Personen Besetzung!) durch den Verkehr zu quälen.

Andere Großstädte machen es vor: z.B. in Berlin, Hamburg, München oder Zürich würde bei der Dichte und der Qualität des öffentlichen Nahverkehrsangebotes kein Mensch auf die Idee kommen, sich mit dem Auto durch die Stadt zu quälen.

Man kann bequem und komfortabel umsteigen und ist wesentlich stressfreier und dazu schneller unterwegs. Hinzu kommt dort noch, dass die Parkhäuser und Parkplätze in der Innenstadt teurer sind als die Fahrt mit Bus oder Bahn.

Und warum funktioniert das nicht hier in Wuppertal?

Es gibt seit Jahren viele Vorschläge, wie man den ÖPNV auch hier attraktiver gestalten kann. Auch hier könnte man



mit höheren Taktfrequenzen, einem besseren Übergang von dem einen zum anderen Verkehrsmittel, günstigen Preisen und durch Erweiterungen des Angebotes mit zusätzlichen Schnellbusverbindungen wie z.B. dem „Burgholzexpress“ die Attraktivität unseres Nahverkehrsnetzes deutlich verbessern.

Dazu fehlt jedoch gegenwärtig der politische Wille, obwohl die Politik eigentlich durch das Grundgesetz, Artikel 10, Abs. 1 dazu verpflichtet wäre, die Mobilität der Menschen durch ein ausreichendes und preisgünstiges Angebot von Verkehrsmitteln zu gewährleisten.

Doch genau das tut die Politik im Rathaus nicht! Sie sitzen bei den WSW in Vorstand und Aufsichtsrat und könnten dort die Weichen für eine bürgerfreundliche Verkehrspolitik stellen.

Stattdessen erleben wir immer wieder, wie z.B. mit der Kampagne für eine Seilbahnstrecke die falschen Signale gesetzt werden. Monatelang hat man mit großem - auch finanziellem - Aufwand versucht, uns eine Seilbahn schmackhaft zu machen.

Zum Glück sind die Bürger nicht blöd und haben mit großer Mehrheit deutlich dagegen gestimmt.

Der ÖPNV muss Vorrang haben!

Was wir also dringend brauchen, ist jetzt auch den Automobilkonzernen bei Protesten gegen die IAA in Frankfurt deutlich um die Ohren gehauen worden:

Wir benötigen nicht noch mehr PKW's

(vor allem keine „Protzi-SUV's“) auf den Straßen, sondern mehr Raum und Sicherheit für Fußgänger, für Radfahrer und für einen ÖPNV, der preiswert, komfortabel und schnell den sicheren und umweltfreundlichen Transport der Menschen in unserer schönen Stadt sicherstellt.

Nicht dienlich dürften allerdings die E-Scooter sein, die das Verkehrschaos eher noch vergrößern. Aber die Schweb-



bahn ist – trotz aller Pannen in den letzten Jahren – sicherlich eine der tragenden Säulen dieses Nahverkehrsystems, da sie allein jeden Tag rund 60.000 Menschen schnell und sicher quer durch die Stadt transportiert.

Erst wenn das sichergestellt ist, wenn z.B. auch der Güterverkehr wieder von der Straße auf die Schiene verlagert wird, dann wird auch eine deutliche Entlastung der Innenstädte, eine bessere Luft und damit die Vermeidung von Fahrverboten realisiert werden können.

J.K.

Kapitalismus zerstört Umwelt

Fragt der Mars die Erde „Na? Wie geht's?“, klagt die Erde „Ach, schlecht, ich habe Menschen“, erwidert der Mars „Macht nix, das geht vorbei“. Noch können wir darüber lachen, aber immer mehr Menschen machen sich mit den Jugendlichen von „Fridays for Future“ (FFF) Sorgen über die Zukunft des Lebens auf unserem Planeten.

Am 20.9.19 fand der bisher größte globale Klimastreik statt. Für die Forderung nach ernsthaften Anstrengungen der Politik die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, gingen an diesem Freitag allein in Deutschland bei mehr als 500 Demos bundesweit über 1,4 Millionen Menschen auf die Straße.

Auch in Wuppertal waren 5000 junge wie alte Menschen mit fantasievollen Plakaten unterwegs, um auf die Klimakrise mit Hitzewellen, Dürre und Überschwemmungen aufmerksam zu machen. Diesmal demonstrierten auch Eltern, Omas und Opas, Menschen aus dem Gesundheitswesen, von Gewerkschaften und Kirchen. Aber wie kann dem Klimawandel wirksam begegnet werden?

Anfang August wurde in der UZ („Unsere Zeit“, der sozialistischen Wochenzeitung der DKP) in einem Artikel von Tina Sanders, der hier ausschnittsweise zitiert wird, dieses dargelegt:

Konsumverzicht?

Mojib Latif vom Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel und Mitglied des Weltklimarats ist davon überzeugt, dass der Klimawandel verhindert werden kann, wenn alle ihre Verhaltensweisen ändern. Wenn alle weniger Auto fahren, weniger in den Urlaub fliegen, weniger Fleisch äßen. Allein dadurch lasse sich die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen. Wenn das so einfach wäre, könnte man den Klimawandel durch individuelle Vernunft aufhalten. So einfach ist es aber nicht.“

Radikale Änderungen

„Luisa Neubauer, Aktivistin von FFF, sagt: „Ich glaube, vielen Leuten ist es nicht bewusst, wie radikal sich Dinge

ändern müssen, und deswegen ist es noch leicht, uns zu mögen!“

Andreas Grünwald, Friedensaktivist aus Hamburg, antwortet darauf: „Damit hat sie recht. Nun hoffe ich aber auch darauf, dass sie uns demnächst sagt, was denn ‚radikal‘, also an die Wurzeln gehend, wäre, um eine umweltpolitische Kurskorrektur zu ermöglichen ... Ich fände es zum Beispiel schon ziemlich radikal, wenn es für alle Großstädte und alle Ballungsräume ein Miet-Moratorium geben würde, denn das würde Menschen nicht immer mehr dazu zwingen, in die Randbereiche der Ballungsräume auszuweichen und dann als Pendler jeden Tag mit dem Auto in eben diese Ballungsräume zurückkehren zu müssen ... Und wenn ich mir die verstopften Schnellstraßen im Berufs-



verkehr anschau, dann wäre das schon gewaltig, was so verändert werden könnte. Ich fände es auch ziemlich radikal, wenn es zum Beispiel einen guten und möglichst kostenlosen oder zumindest sehr günstigen Öffentlichen Nahverkehr geben würde und dieser in der Fläche erheblich besser ausgebaut wäre ... Die Folge wäre eine erhebliche Verringerung des individuellen Autoverkehrs und somit eine Entlastung unserer Umwelt.

Radikal wäre es ebenfalls, zum Beispiel Plastiktüten, ja, alle unnötigen Plastikverpackungen schlicht und ergreifend durch ein Gesetz einfach zu verbieten. Aber gleichzeitig die Discounter zu verpflichten, Ersatzbehältnisse kostenlos zur Verfügung zu

stellen, so wie es früher bei jedem kleinen Gemüsehändler der Fall war. Ja, ich finde, das wäre radikal. Radikal wäre es auch, ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf allen Autobahnen und ohne Ausnahme einzuführen, gleichzeitig aber die Verbindungen im Fernverkehr der Bahn weiter auszubauen und bei günstigen Tarifen zu entwickeln.

Außerdem wäre es ganz einfach, zum Beispiel alle großen Reedereien dieser Welt durch entsprechende internationale (oder europäische) Übereinkünfte dazu zu verpflichten, nur noch Treibstoffe zu verwenden, die unsere Umwelt weniger schädigen. Einfach und radikal wäre das und es würde nicht mal den Wettbewerb unter den Reedereien verzerren, weil sie ja gleichermaßen betroffen wären ... Und Reedereien, die sich daran nicht beteiligen, würden einfach nicht mehr in die eigenen Häfen gelassen:

Was glaubt ihr: Würden die umrüsten oder würden sie das Geschäft anderen Reedereien überlassen? Noch radikaler wäre es freilich, den Transport von Waren auf die Schiene umzulenken durch einen entsprechend großzügigen Ausbau des öffentlichen Schienennetzes, wozu die Konzerne, die davon profitieren, durch Sonderabgaben zur Finanzierung beitragen könnten. Noch konsequenter wäre es natürlich, den weltweiten Warentransport einzuschränken, indem man zum Beispiel nicht weiterhin ökonomische Globalisierung als einen unveränderlichen, nicht korrigierbaren oder einzuschränkenden Tatbestand hinnimmt, sondern lokale oder regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt und schützt. Sogar ziemlich radikal wäre es, die unsere Umwelt schädigenden Großunternehmen allesamt zu vergesellschaften und es somit zu ermöglichen, dass die Art und Weise der Produktion künftig öffentlich kontrolliert wird. Damit wäre nicht mehr der Profit der Maßstab aller Dinge, sondern der Gebrauchswert. Mit den Energiekonzernen könnte man ja anfangen und somit die vorzeitige Schließung von Kohlegruben und Steinkohlekraftwerken bewirken.

Ziemlich radikal wäre es, den Flugverkehr drastisch einzuschränken. Nicht durch Erhöhung der Treibstoffpreise – das ist nicht wirklich radikal und bringt auch nur wenig –, sondern durch Auflagen, und gleichzeitig das Schienen-

Fortsetzung v. S 3

netz bei günstigen Tarifen auch für den Fernverkehr auszubauen.

Radikal wäre es zudem, den größten Klimakiller auf diesem Planeten konsequent auszutrocknen, also das Militär ... Mit den frei werdenden Mitteln könnte man zukunftsfähige Energiesysteme finanzieren.“

(Auszug aus der UZ vom 2.8.2019)

Chancen radikaler Änderungen

In einer vom Kapitalismus beherrschten Welt, in der nur das Produkt und der Profit als Wert gelten und nicht der Mensch, in der Todesmittel (Waffen)

produziert werden, wenn die Produktion von Lebensmitteln keinen Profit mehr bringt, wo das tote Kapital Macht über den lebendigen Menschen hat und mit Umweltverschmutzung Profite erzielt werden, haben wirklich radikale Änderungen keine Chance.

Wer die Welt verändern will muss die Systemfrage stellen und die Profitlogik durchbrechen. Solange es immer und nur um Profite geht wird es keine Klimawende geben!

STINA

Reichspogromnacht- ein Naziverbrechen mahnt !

Am 9.November 2019 jährt sich zum 81.- mal die Reichspogromnacht. In der Nacht vom 9.zum 10.November 1938 wurde der Naziterror offensichtlich. Die SA-Horden marodierten durch Deutschland und zerstörten die Einrichtungen jüdischer Mitbürger.

Synagogen wurden angezündet und viele Menschen jüdischer Herkunft wurden in dieser Nacht erschlagen oder in den folgenden Tagen in Konzentrationslager verschleppt. Das geschah damals in aller Öffentlichkeit.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt konnte der Naziterror niemanden mehr verborgen bleiben.

Die meisten Deutschen aber schauten bewusst weg. Einige hatten Angst, andere hatten sich bereits mit dem bestehenden faschistischen Regime arrangiert, fielen auf die massive nationalsozialistische Propaganda herein oder folgten ihrem "Führer" bereits bedingungslos.

Heute wissen wir, dass diese Nacht Auftakt und Teil sowohl des späteren Massenmordes an Juden, Sinti und

Roma, Andersdenkender und Millionen anderer Menschen als auch Teil der Kriegsvorbereitungen dieses verbrecherischen Regimes war.

Gerade dieses Wissen verpflichtet uns heute die Entwicklung in unserem Land kritisch zu betrachten und uns gegen rassistische und faschistische Entwicklungen zu wehren. Hetzjagden gegen Migrantinnen und Migranten, Morddrohungen und sogar Morde gegen Andersdenkende und Antifaschisten, Aufmärsche rechter Organisationen gehören leider wieder zum Alltag in unserem Land.

Wir müssen aus der Geschichte unsere Lehre ziehen und uns gegen diese Entwicklung wehren. Was damals geschehen ist, darf sich nicht wiederholen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten stellen uns gegen jegliche rechte Politik und fordern weiterhin das Verbot aller rechter Parteien.

Keinen Fußbreit den Faschisten, denn Faschismus ist keine Meinung Faschismus ist ein Verbrechen!

Wir wollen in einer solidarischen Gesellschaft und in Frieden miteinander leben!

S.W.

Anzeige



Unsere Zeit
Wochenzeitung der DKP
kostenloses Probeabo:
www.uzshop.de

Impressum

Herausgeber: DKP Wuppertal
V.i.S.d.P.: Jürgen Köster,
Gathe 55, 42107 Wuppertal
Tel.: 0202-456458 Mail:
dkp_wuppertal@t-online.de
Druck: Wupperdruck e.K., Wuppertal

Termine

Roter Stammtisch

STAMMTISCH DER DKP
WUPPERTAL

Unser Stammtisch bietet Gelegenheit mit Genossinnen und Genossen ins Gespräch zu kommen, über politische Themen zu diskutieren und Mitglieder der DKP kennen zu lernen

Jeden 3. Donnerstag im Monat
um 19 Uhr
Hayat
Wuppertal, Schreinerstraße 28



Marx in Wuppertal angekommen

Enthüllung der lebensgroßen Marx-Skulptur
im Eingang des Hauses Gathe 55
Im Bild Hermann Kopp, Vorsitzender der Marx-
Engels-Stiftung e.V. zusammen mit
der Künstlerin Dana van Rijssen

Foto: G.Blomberg

Kontakt zur DKP Wuppertal

Informationen über Veranstaltungen,
Programm und Treffs :

Gathe 55, 42107 Wuppertal
Telefon 0202 / 456 458
EMail : dkp_wuppertal@t-online.de

www.dkp-wuppertal.org